

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengesparte Poststelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 240.

Mittwoch, den 13. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Vom Kasseler Parlament.

Es ist wohl nicht unangebracht, an dieser Stelle nochmals auf die glänzende Rede des Genossen Bliegen-Amsterdam hinzuweisen, der auf die Notwendigkeit einigten Zusammenhaltens der Arbeiterschaft hinwies und das deutsche Proletariat ob seiner großen Taten beglückwünschte. Die Gründung der deutschen Republik ist die größte Errungenschaft des letzten Jahrhunderts, sagte Bliegen. Sie zu erhalten und auszubauen wird die vornehmste Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft sein. Wie sehr ernst es der Sozialdemokratischen Partei damit ist, hob der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Wels, in seinem Vorstandsbericht hervor. In 1½stündiger Rede umriß er die gesamte innere und äußere Politik des Reiches und stellte fest, daß diese Gesellschaftsordnung durch das Elend des Weltkrieges dreifach den Tod verdient hat, daß wir Todfeinde der kapitalistischen Gesellschaft bleiben und uns durch nichts mit ihr veröhnen lassen. Nur auf die beste Methode zu ihrer Ueberwindung kommt es an. Da ist mit den drei Zauberworten: Generalstreik, Weltrevolution und politische Arbeiterräte nichts getan. Dazu braucht man politisches Wissen und wirtschaftliches Verständnis.

Für die Außenpolitik entwickelte Wels ein Aktionsprogramm, das in vier Forderungen gipfelt: Revision des Versailler Friedens, Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, internationaler proletarischer Generalstreik und sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland, gleichviel unter welcher Regierungsform. Das gemeinschaftliche Hauptziel dieser Forderungen ist die Erhaltung des Weltfriedens. Nur auf dieser Grundlage kann Deutschland innerlich wieder gesunden. In schärfster Ablehnung jeder Verzögerung und Verwässerung der Sozialisierungs-idee forderte Wels sofortige Uebernahme von Kohle und Eisen, Kalk und Stickstoff, Kraftquellen und Verkehrsmittel in ein gemeinsames öffentliches Wirtschaftssystem. Politisch wies er erneut jeden Gedanken eines Zusammengehens mit der gegenwärtigen Regierung weit von sich. Sie soll den Beweis der Lügenhaftigkeit der bürgerlichen Versprechungen im Wahlkampf erschöpfend zu Ende führen.

Genosse Bartels gab erfreuliche Zahlen aus dem Organisations- und Kassenbericht bekannt und dann hatte die Debatte freien Spielraum. Die Kritik am Parteivorstand und an der Tätigkeit der Partei hielt sich in den engsten Grenzen. Nur Genosse Cohen-Berlin verursachte einen Zwischenfall durch seine heftige Kritik an der angeblichen englischen Orientierung der Partei und durch eine blinde Verherrlichung der gegenwärtigen Macht-haber in Frankreich. Daß er sich dabei hinreißend ließ, selbst die Behandlung der besetzten Gebiete durch die Franzosen zu beschönigen, rief auf dem Parteitag einen Entzündungsturm hervor. Nachdem Ed. Bernstein, Ernst Heilmann und Adolf Braun die Ausführungen Cohens sachlich restlos widerlegt hatten, stellte Scheidemann als Vorsitzender unter lebhaftem Beifall fest, daß die besetzten Gebiete der vollen Solidarität der ganzen deutschen Arbeiterschaft versichert sein dürfen, und daß es glücklicherweise keinen zweiten Cohen in der Partei gibt.

Die packende Darstellung des reichsfeindlichen Treibens der immer unverschämter auftretenden Reaktion in Bayern durch den Genossen Dr. Süßheim-Nürnberg lenkte dann den Parteitag wieder seinen eigentlichen Aufgaben zu, dem Kampfe für Demokratie und Sozialismus. Die begonnene Aussprache wird morgen fortgesetzt.

Dem Parteitag sind eine Reihe neuer bemerkenswerter Anträge zugegangen. So beantragen Parteivorstand und Parteiauschuß über die

Stellung der Sozialdemokratie zur Regierungsbildung:

Da das Ergebnis der Reichstagswahlen der früheren Koalition eine tragfähige Mehrheit nicht mehr gewährte, da eine nach rechts hin erweiterte Koalition mit den Interessen der Arbeiterklassen nicht zu vereinbaren war, da die U. S. B. D. sich weigerte, in eine zur Verteidigung der republikanischen Einrichtungen und zur Sicherung der politischen Errungenschaften der Revolutionszeit zu bildenden Regierung einzutreten, war nach den Reichstagswahlen der Austritt der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierung notwendig geworden. Der Parteitag billigt daher die Haltung des

Partei Vorstandes und der Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung ausdrücklich.

Ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und eine pazifistische auswärtige Politik erheischen, ihn zwingend erfordern.

Ein anderer, von zahlreichen Delegierten unterstützter Antrag fordert die Reichstagsfraktion auf, unbeschadet der sonstigen Stellung zur Regierung, dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes wegen seiner leichtfertigen Ernährungspolitik das Mißtrauen auszusprechen.

Ein weiterer Antrag fordert die Reichstagsfraktion auf, sofort für erneute Schritte bei der russischen Regierung wegen Rückbeförderung der noch in Sibirien befindlichen Kriegsgefangenen zu sorgen.

Auf dem Parteitag eingegangen ist weiter folgende

Resolution über die Einheitsrepublik.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands und die Neuordnung des durch die Kriegsjahre aufs schwerste erschütterten Reichshaushalts sind nur unter Mitwirkung aller Volkskräfte in einem auf demokratischer Grundlage ruhenden, einheitlich geleiteten Staatswesen durchzuführen.

Der Parteitag bekennet sich daher zur Forderung der reinen und unteilbaren Deutschen Republik.

Den nach dem Willen ihrer Bevölkerung in der Deutschen Republik auf Grund von Stammeseinheit oder wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit zusammengeschlossenen Ländern ist zur Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten im Rahmen der Reichsverfassung volle Selbstverwaltung zu gewähren.

Die auswärtige Politik ist ausschließlich Sache des Reiches.

Der Parteitag verurteilt alle separatistischen Bestrebungen auf das Schärfste und erwartet, daß die Arbeiterklasse in allen Teilen Deutschlands auch fernerhin bereit sein wird, die Einheit der Republik gegen jeden Abspaltungsversuch mit allen Mitteln zu verteidigen.

Arbeiterpresse.

Der Groß-Berliner Zeitungsstreik lenkt mit der wünschenswerten Deutlichkeit den Blick der Genossen im ganzen Lande auf die Bedeutung der Arbeiterpresse im Befreiungskampf des Proletariats hin. Vom „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß wir die Lahmlegung der bürgerlichen Blätter nicht in dem Sinne begrüßen, nimmehr vermehrt Agitation treiben zu können. Selbstverständlich könnte es uns nur erwünscht sein, nimmehr auch in diejenigen Kreise einzudringen, die sich sonst mit voreingenommener Feindseligkeit sozialdemokratischen Gedankengängen ferngehalten haben.

Und es besteht kein Zweifel, daß die Sympathien vieler, die sonst im bürgerlichen Lager weilten, sich in den letzten Tagen der Arbeiterschaft zugewandt haben. Wer als Beobachter an Zeitungsständen früher Studien machte, der konnte oft folgendes bedauerliche Bild aufnehmen: ein Arbeiter trat an den Stand heran und forderte die unabhängige „Freiheit“. Wenn er die nicht erhielt, verlangte er nicht den sozialdemokratischen „Vorwärts“, sondern er forderte die scheinradikale demokratische „Berliner Volkszeitung“ oder die „Morgenpost“. Das geschah aus der Erwägung heraus, daß beide Blätter unter scheinheiliger Verleumdung ihres bürgerlichen Charakters und ihrer rein bürgerlichen Tendenz sich in einem Revolutionismus gefielen, der auf weniger Gesulte einen gewissen Eindruck machen konnte. Während in Moses Gebäude im Vorderhause das bürgerliche Tagesblatt gedruckt wurde, leistete sich der gerissene Verlag den Luxus, im Hinterhause die Volkszeitung drucken zu lassen, mit der er der Arbeiterpresse den Boden abgraben zu können vermeinte.

Als jedoch die Auspernung kam, fand auch der Radikalismus der scheinradikalen Zeitungen bürgerlicher Tendenz sein natürliches Ende und es zeigte sich, daß nur die sozialistischen Zeitungen die Forderungen ihrer Arbeiter und Angestellten schon vor Monaten bewilligt hatten. Hoffentlich dient dieser Vorgang dazu, der Arbeiterschaft im ganzen Lande die Augen zu öffnen. Jeder Arbeiter muß einsehen, daß er treu zu seiner Zeitung zu stehen hat, die seine beste Waffe und Dienerin um die Erringung einer menschenwürdigen Existenz ist, und die ihn in seinem Bestreben nach Befreiung vom kapitalistischen Joch wirksam unterstützt. Die bürgerliche Presse dagegen kann ihrer ganzen Natur nach nicht anders als arbeitserfeindlich sein. Wenn sie sich den Anschein der Arbeiterfreundlichkeit gibt, so ist das eine Konjunkturfreundlichkeit, die in dem Augenblick, in dem es darauf ankommt, ihr wahres Gesicht zu zeigen, die Maske fallen läßt. In diesem Sinne hat die Auspernung im Berliner Zeitungsgewerbe in breiten Massen der wertfähigen Bevölkerung des ganzen Landes erfreuliche Aufklärung geschaffen. Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus die selbstverständliche Folge, treuer als je zu ihrer Presse zu stehen und sich durch bürgerliche Lockungen nicht mehr einfallen zu lassen.

Verhandlungen im Zeitungsgewerbe.

Wie der „Vorwärts“ erfährt, haben die Bemühungen, die streikenden Parteien im Zeitungsgewerbe zu neuen Verhandlungen zu führen, den Erfolg gehabt, daß heute vormittag 10 Uhr Einigungsverhandlungen stattfinden sollen, die im Reichsarbeitsministerium gerührt werden.

Vorbereitungen für Genf.

Neuter meldet, daß die Unterhandlungen zwischen England und Frankreich bezüglich der Konferenz von Genf fortbauern. Die sehr vernehmlich gefirmte französische Note schlägt vor, bevor die Konferenz in Genf zusammentrete, solle man das Terrain eben durch eine Zusammenkunft alliierter finanzieller Sachverständiger, die der Kommission für Wiederherstellung entnommen werden, und deutscher Sachverständiger, um die einschlägigen technischen Fragen aufzuklären. Die Konferenz in Genf solle nachher stattfinden, während die geplante Vorlaufkonferenz in Köln zusammentreten könnte.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ führt hierzu aus, daß Deutschland gerne bereit sei, mit jeder der alliierten Mächte oder mit mehreren zusammen den Boden für die Genfer Konferenz in einer kurzen Besprechung von Sachverständigen vorzubereiten. Doch müsse Klarheit darüber herrschen, daß Deutschland an der Ideen von Genf festhält. Es sei deutscherseits nichts dagegen einzuwenden, daß diese Vorerörterung in Köln stattfindet, jedoch müßten Vorkehrungen getroffen werden, damit nicht etwa die Kölner Zusammenkunft als ein Ersatz für Genf angesehen werde. In Köln könne es sich lediglich um unverbindliche Vorbereitungen handeln. Die Idee von Genf ist, so schreibt das Blatt, durch Zustimmung festgelegt worden und es ist selbstverständlich, daß diese Zusagen gehalten werden müssen. Ueber die Art und Weise, wie sie ausgeführt werden, kann gesprochen werden.

Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ aus London berichtet, hat der belgische Ministerpräsident De Lacroix Lloyd George den Vorschlag gemacht, in kürzester Frist in Brüssel eine Sachverständigenkonferenz, also gewissermaßen einen Wiedergutmachungsausschuß, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzurufen, um gemeinsam mit den interessierten Finanzministern die Entschädigungsfragen zu beraten. Der Vorschlag zu dieser Konferenz sollte alsbald auf einer gemeinsamen Konferenz der Regierungschefs beraten werden, um zu einem endgültigen Beschluß zu führen. Zu beiden Beratungen solle Deutschland eingeladen werden. Der Berichterstatter bemerkt, daß die sachlichen Meinungsverschiedenheiten darüber fortbestehen, ob man zur Festsetzung einer Pauschalsumme gelangen oder die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme ohne Rücksicht auf die finanzielle und politische Möglichkeit festsetzen solle.

Der Polenputsch in Litauen.

Am 11. d. M. kam in Warschau ein Funkpruch der polnischen Insurgentenarmee General Szelegowski und der „vorläufig regierenden Kommission Mittel-Litauens“ an. Diese Kommission schlägt der Kommission der wolinischen Republik vor, Ort und Zeit einer Zusammenkunft von beiderseitigen Delegierten festzusetzen, um alle Unklarheiten zu beseitigen. — Am 7. d. M. fand in Orany eine Sitzung der Vertreter des Völkerbundes mit den polnischen und litauischen Militärbefehlshabern statt. Als militärischer Sachverständiger der Völkerliga nahm General Durand an den Beratungen teil. Die Mitglieder der Völkerbunds-Kommission schlugen vor, daß die Eisenbahnstation Orany Polen zugeteilt, die Stadt selbst aber neutralisiert werden soll. Ebenso soll statt der Zolllinie eine neue Grenze geschaffen werden. Der Vorschlag der Litauer, eine litauische Division durch Orany zu transportieren, wurde von den polnischen Vertretern abgelehnt. — Nach dem „Echo de Paris“ haben die französische und die englische Regierung beschlossen, mit Rücksicht auf die Befehle von Wilna durch den General Szelegowski eine Note nach Warschau zu senden, in der die Polen aufgefordert werden, in der Grenzfrage ein größeres Entgegenkommen zu zeigen.

Die polnische Regierung hat das Vorgehen des Generals in Wilna mißbilligt und sich bereit erklärt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um dem bedauerlichen Zwischenfall ein Ende zu bereiten.

Gegen die bolschewistische Putschmethode.

In einem in Christiania gehaltenen norwegischen Vortrage über die Moskauer Punkte erklärte sich der Vorsitzende der Landesorganisation der Gewerkschaften, der Störthing-Abgeordnete, Ole Rian, mit größter Schärfe gegen die Punkte betreffend bewaffneten Aufstand und die Notwendigkeit für die Arbeiterparteien aller Länder, den Bürgerkrieg zu beginnen, um die Prinzipien des Sozialismus durchzuführen. Die norwegischen Arbeiter würden außerhalb der dritten Internationale verbleiben, bis die Verhältnisse derart wären, daß die internationale Organisation auf breiter sozialdemokratischer Grundlage geschaffen werden könne. — Auch in der Schweiz hat Moskau mit seinen putschistisch-diktatorischen Forderungen einen bösen Hohn erfahren. Der Parteivorstand der sozialistischen Partei der Schweiz nahm nämlich einen Antrag an, der sich gegen die 21 Moskauer Bedingungen ausspricht.

Jugoslawiens Forderungen.

Das Südslawische Pressebureau meldet: Die jugoslawische Friedensdelegation stellt für die Verhandlungen in St. Pablo folgende Minimalforderungen auf: Siu me mit Hafen kommt unter das Protektorat des Völkerbundes. Dalmatien wird mit allen Inseln in Jugoslawien einverleibt. Jugoslawien fordert Skutari, weil Slawen das Ueberinkommen von Triest über Albanien verleiht.

H. & W. Kruse — Automobile

Lübeck, Alter Bahnhof.

Eröffnung nach erfolgtem Umbau am Freitag, dem 15. Oktober 1920.

Modernste und grösste Ausstellungsräume Norddeutschlands.

Automobile aller Systeme und aller Größen.
 Personen-, Luxus-, Last-, Lieferungs Wagen.
 Motorräder und Zubehörteile, Bereifungen.

Zur Besichtigung der nach modernsten Grundsätzen erbauten Geschäfts- und Ausstellungsräume ist ein verehrtes Publikum ohne Kaufzwang höflichst eingeladen.

8030

Sozialdemokr. Verein
 Ortsgruppe Schlutup.
 8065

Mitglieder-
 Versammlung

am Donnerstag, 14. Okt.,
 abends 7 1/2 Uhr
 im Lokale von A. Saborowski

Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Qu.
 2. Revolutionsfeier.
 3. Wahlstandsbericht.
 4. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch er-
 wartet Der Vorstand.

Wohlig
warm im
Winter

durch **Rieschels Patent-Grudeheizofen**
und Rieschels Patent-Grudeherd

mit Wellsiebfeuerung.

8031

Die beste Heizung der Welt!

Verkauf und Vorführung bei:

Adolf Borgfeldt, Lübeck, Mühlenstr. 36-44.

Arbeiter-Bildungsverein
 Lübeck.

Versammlung

am Donnerstag, 14. Okt.,
 abends 7 1/2 Uhr.

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wahlen.
4. Bericht vom Genossen Schermer über den deut-
 schen Volksbildungstag
 in Berlin.
5. Unfertige Winterveranstal-
 tungen.

8055) Der Vorstand.



Plattd.
 Volkslied
 to
 Lübeck.

Donnerstag, d. 14. Okt.,
 Abends 7 1/2 Uhr. (8032)
 in't Kolosseum:

1. Abnabend un-
 Gillspraf
 (Waterkantabend).

Vortrag: Prof. Schulze.
 Theaterstück: „Der Loffe“
 un noch völ wat anners.

Gledermann's
 8 Uhr
 (8049)

Hansa-Theater

Heute 7 1/2 Uhr:
 (6. B. W.-Voll-Ab. —
 8. B. Halb-Ab. Serie II)
Zigeunerliebe.

Operette in 3 Akten v. Lehár.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 Zum 1. Male.
 Hurra, ein Kind fiel
 vom Himmel. (8040)
 Schwank in 3 Akten v. Süßner.

Freitag, 7 1/2 Uhr:
 (5. B. W.-Voll-Ab. —
 8. B. Halb-Ab. Serie I)
Zigeunerliebe.

Stadttheater Lübeck.

Mittwoch, 8. Okt. 8 1/2 Uhr.
 Minna v. Barnevelt. 7 1/2 Uhr.
 Donnerstag, 9. Okt. 8 1/2 Uhr.
 3. Lehr-Diale. Tartuff. 7 1/2 Uhr.
 Freitag, 10. Okt. 8 1/2 Uhr.
 Rose Berndt. 7 Uhr.
 Sonntag, 11. Okt. 8 1/2 Uhr.
 Tannhäuser. 7 Uhr. (8048)

Raucher

verlangt

Sossidi-Tabak

Feinschnitt für Qualitätsraucher in 50-gr-Packung (8029)
 aus edelsten, feinsten Orienttabaken.
 Sossidi Gebrüder, Hamburg.

Verkauf an Grossisten und Zigarrenhändler durch den Platzvertreter:
Albert Randel, Lübeck, Untertrave 27.

Unabh. Soziald. Partei.

Ortsgruppe Lübeck.

Mitgliederversammlung

Donnerstag, d. 14. Okt.,
 abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Gen. Körner.
 2. Revolutionsfeier.
 3. Innere Parteiangelegen-
 heiten.
 8052) Der Vorstand.

Marmelade

1/2 D. 2 Mk. (8036)

Äpfel

1/2 D. 17 1/2 A. 10 1/2 D. 16 Mk.

Salzgurken

Stück 50 und 60 A

Edvard Speck, Hüßstraße

80 und 82

Ein Pösten roter

Kartoffeln, (8038)

geföhliche Ware,

Heiner 38 Markt.

Heiner Busch,

Tel. 2752. Kröbenstr. 34.

1. Kernleder

Wieviel Schmalzer-

Schmalzer empfiehlt

Carl Hans Kühl,

Lübeck.

Mühlstr. 42. Teleph. 2033.

Orchester des Vereins der Musikfreunde

Donnerstag, 14. Oktober, 7 1/2 Uhr:

Volkstümliches Konzert
 im Gewerkschaftshaus.

Leitung: Kapellmeister Martin.

Preis 2,- Mk.

Vorverkauf im Gewerkschaftshaus und in den Konsum-
 vereins-Warenabgabestellen. (8038)

Geschäfts-Eröffnung.

Gröfne in meinem Hause, Adlerstraße 33 d, Ecke
 Klappenstraße, ein (8060)

**Fettwaren-, Delikatessen-
 und Konfitüren-Geschäft.**

Es wird mein Bestreben sein, nur gute und reelle
 Waren zu liefern.

Um gütigen Zuspruch bittet
 Hochachtungsvoll Friedrich Höpner.

J. L. Würzburg, Lübeck,

Wahmstraße 22 a,

Einkauf roher Felle, Pferdehaare,
 Kuhschweißhaare usw.

zu höchsten Tagespreisen.

In der allerbilligsten Zeit

kaufe ich grosse Posten Textilwaren, die jetzt täglich
 in grossen Mengen eintreffen und **außerordentlich**
billig in den Verkauf gelangen. (8064)

Einfarbige Kleiderstoffe 39⁸⁰
 doppelt breit, Diagonal, in allen gangbar. Farben, Mtr.

Weißer Körperbarchend für Nachjacketen, 17⁵⁰
 70 cm breit, in guter Qualität Mtr. 19.50

Handtuchdrell 44 cm breit, mit und ohne 8⁷⁵
 Kante Mtr. 9.80

Bettbezugstoffe 180 cm breit, 33⁸⁰
 blau-weiß #, licht- und waschecht Mtr.

Gestrickte Damen-Westen 16⁵⁰
 schwarz, in allen Größen 37.50 25.80

Damen-Korsetts mit Languette, 37⁵⁰
 aus hübschen bedruckten Stoffen, in allen Weiten . .

Hans Struve Rendsburg
 Neumünster
 Itzehoe.

Lübeck, Königstr. 87-89; Ecke Wahmstr.

Flora. Donnerstag (8023)
Gr. Tanzabend. Anf. 7 Uhr.

Adlershorst. Tanz (8026)
 Jeden Donnerstag:

Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

**Sanitäts-
 Verband.**

Außerordentliche
**General-
 Versammlung**

am Donnerstag, 14. Okt.,

abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshaus,

Johannisstraße 50/52.

Tagesordnung:

Beitragserhöhung.

8036) Der Vorstand.

Wir lehnen ab die Parole von Zimmerwald und Kienthal, der Geist der Parteispaltung sei den einzelnen lieber überlassen...

land eintrat und daß wir das Schicksal englischen Einflüssen verdanken. Natürlich nehmen wir in unserer bedrängten Lage Vorteile von England an...

Den Bericht über

Organisation und Kasse

erstattet Bartels: Trotz der Massenflucht, die uns die Unabhängigen andichten, hat die Partei im letzten Jahre um 168 000 Mitglieder oder 15,6 Proz. zugenommen...

Eduard Bernstein: Ich bin mit dem Genossen Cohen vollständig darüber einig, daß ein gutes Verhältnis mit Frankreich hergestellt werden muß...

Heilmann-Charlottenburg: In der Chemnitzer „Vollstimme“ schreibt man von einer „Richtung Feilisch“...

Adolf Braun: Cohen hat keine Fühlung mit der Wirklichkeit, sondern redet Zeitungswort von Georg Bernhard und von Dorn...

Bericht der Kontrollkommission

die sich nur mit wenigen Beschwerden zu befassen hatte. Die Kommission hat die Parteikasse, das „Vorwärts“-Unternehmen und den Betrieb Dieh, Stuttgart, revidiert...

Ausprache über den Vorstandsbericht

liegen schon 34 Wortmeldungen vor. Verbunden damit werden innere Politik, auswärtige Politik, Regierungseintritt und Agitation...

Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die Kulturwelt aufmerksam zu machen auf das Verlangen der Entente, die Diesel-Motore in Deutschland zu vernichten...

Die Nachmittags-Sitzung wurde vom Vorsitzenden Scheidemann eröffnet.

In der Diskussion erhält zunächst das Wort Rimerau-München: In Bayern haben wir seit der Revolution in den Gemeinden das Einkammersystem...

Prasch-Frankfurt/Main: Die Hauptaufgabe für die nächste Zeit muß sein, die nach der Revolution zu uns gekommenen Massen im Geiste des Sozialismus zu erziehen...

Schnabel-Hersfeld: Der Bericht des Parteivorstandes hat mich nicht befriedigt. Ein derartig philantropischer Bericht trägt nicht zur Festigung der Partei bei...

Cohen-Berlin: Unsere äußere Politik geht auf dem falschen Wege der englischen Einseitigkeit. Unsere Hoffnungen auf England bezüglich der Wahrung des Friedensvertrages...

Eduard Bernstein: Ich bin mit dem Genossen Cohen vollständig darüber einig, daß ein gutes Verhältnis mit Frankreich hergestellt werden muß...

Eduard Bernstein: Ich bin mit dem Genossen Cohen vollständig darüber einig, daß ein gutes Verhältnis mit Frankreich hergestellt werden muß...

Dr. Söhle-Mürnberg: Die Reaktion wächst am stärksten in Bayern.

Dr. Söhle-Mürnberg: Die Reaktion wächst am stärksten in Bayern. Ludendorff hat nicht ohne Grund seinen Wohnsitz dorthin verlegt...

Vorsitzender Scheidemann: Die Delegierten aus den beletzten Gebieten haben den Wunsch ausgedrückt, auf die Ausführungen des Genossen Cohen nochmals zu antworten...

In Halle sind die Verhandlungen im vollen Gange. Zunächst liegt aber offenbar das Schwergewicht der Aktionen hinter dem Rücken, wo im geheimen Kampf jede Partei sich möglichst gute Kampfbedingungen zu sichern versucht...

Der leitende Redakteur des Volksblattes in Halle trat in seinem Begrüßungsartikel warm für einen Antrag Rosenfeld, Runert u. a. ein, der eine Einseitigkeit auf diesem Parteitag vermeiden und einen Mittelweg suchen will...

Kurt Rosenfeld nimmt in der „Freiheit“ nochmals Stellung zu den Moskauer Bedingungen und erklärt die Anschlußforderungen für denkende und revolutionäre Sozialisten für unannehmbar...

Die Moskauer Exekutivkomitee ist Sinowjew in Halle eingetroffen. Bucharin kommt nicht. Eingeladen war keiner von beiden...

Die Moskauer Exekutivkomitee veröffentlicht ein Offenes Schreiben an alle Mitglieder der USP mit den heftigsten Angriffen auf die Unabhängigen und ein anderes Offenes Schreiben, das die Mitglieder der RPD auffordert...

Die Moskauer Exekutivkomitee veröffentlicht ein Offenes Schreiben an alle Mitglieder der USP mit den heftigsten Angriffen auf die Unabhängigen...

Nach längerer Diskussion erfolgte eine Abstimmung, die aber vom Vorsitzenden Dittmann für ungültig erklärt werden mußte, da mehr Stimmen abgegeben wurden...

Ueber den Geschäftsbericht der Zentralkommission führte Frau Ziek (rechts) aus: Das Geschäftsjahr war ein opferreiches Jahr...

Die Nachmittags-Sitzung wurde vom Vorsitzenden Scheidemann eröffnet. In der Diskussion erhält zunächst das Wort Rimerau-München...

Prasch-Frankfurt/Main: Die Hauptaufgabe für die nächste Zeit muß sein, die nach der Revolution zu uns gekommenen Massen im Geiste des Sozialismus zu erziehen...

Schnabel-Hersfeld: Der Bericht des Parteivorstandes hat mich nicht befriedigt. Ein derartig philantropischer Bericht trägt nicht zur Festigung der Partei bei...

Cohen-Berlin: Unsere äußere Politik geht auf dem falschen Wege der englischen Einseitigkeit. Unsere Hoffnungen auf England bezüglich der Wahrung des Friedensvertrages...

